

# **ARGUMENTE FÜR DAS STAKEHOLDING**

**BRUCE ACKERMAN**

HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

## Vorwort

Der folgende Beitrag des amerikanischen Gelehrten Bruce Ackerman basiert auf einem Vortrag, den er im Rahmen der Veranstaltung »Die ökonomische Basis der Bürgergesellschaft« im Oktober 2001 in der Heinrich-Böll-Stiftung gehalten hat.

Mit seinem Vorschlag, jedem Staatsbürger vom Reichtum der Nation einen Anteil (*stake*) in Höhe von 80.000 Dollar zur Verfügung zu stellen, liefert Professor Ackerman einen politisch und ökonomisch inspirierenden Beitrag zum Thema Chancengleichheit. Seine Idee aus dem Land des *welfare capitalism* überrascht auf spektakuläre Weise: denn Bruce Ackerman legt hier in bester liberaler wie republikanischer Tradition einen Versuch vor, die Verantwortlichkeit des Individuums für die eigene soziale Lage mit einem engagierten Eintreten für soziale Gerechtigkeit zu verküpfen.

Chancengleichheit ist ein zentraler Bestandteil aller Gerechtigkeitskonzeptionen, aber sie ist nicht leicht zu realisieren. Zugleich fehlen neue Ideen, manchmal auch nur neuer Schwung, um über eine alte, aber zentrale Frage für jede Gemeinschaft neu nachzudenken: Wie organisieren wir gleiche Chancen beim Zugang zu den Ressourcen unserer Ökonomie und unserer Gesellschaft?

Mit dieser Veröffentlichung wollen wir Ackermans Denkanstoß vorstellen, neugierig machen auf seine Argumentation und eine Debatte darüber eröffnen. Anknüpfungspunkte gibt es genug. Ackermans Position verweist auch auf blinde Stellen in unseren Debatten über die Zivilgesellschaft, die unterstellen, daß sich aus politischer Partizipation die ökonomische wie von selbst einstellt. Die Konzeption des Sozialphilosophen Ackerman verbindet virtuos politische mit ökonomischen Bürgerrechten, wie wir es im europäischen Kontext in ähnlicher Weise ausschließlich von den Befürwortern eines garantierten Grundeinkommens kennen.

Berlin, im Januar 2002

Ute Brümmer Referentin für Arbeit und Soziales der Heinrich-Böll-Stiftung

## ARGUMENTE FÜR DAS STAKEHOLDING

Die USA und Europa sind Dreiklassengesellschaften. In den USA z.B. werden mehr als 25 Prozent der Bevölkerung nach Abschluß eines vierjährigen Studiums zu Mitgliedern der symbolverwendenden Klasse. Ihr wachsender Wohlstand steht im starken Gegensatz zu dem düsteren Bild eines Lebens am untersten Ende der sozialen Skala. Die unterprivilegierte Klasse – also circa 20 Prozent der Bevölkerung – lebt in einer Welt der niedrigen Löhne, der Arbeitsplätze ohne jegliche Aussicht auf Aufstieg und der selbst in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur hohen Arbeitslosigkeit.

Und dann gibt es noch die überwiegende Mehrheit. Der Mittelstand hat in den letzten 25 Jahren eine Zeit des wirtschaftlichen Stillstands durchlebt. Im Gegensatz zu der optimistischen Rhetorik seitens der Rechten ist das Wirtschaftswachstum an diesen Menschen vorübergezogen. In den USA ist es faktisch so, daß der gesamte Vermögenszuwachs des Landes seit Anfang der 80er Jahre den reichsten 20 Prozent der Bevölkerung zugute gekommen ist. Anders als die Einkommensentwicklungen, die sich weniger extrem gestaltet haben, ist das Familieneinkommen des überwiegenden Teils des Mittelstandes im Vergleich zu 1973 nur etwas angestiegen – dieser bescheidene Anstieg ist allerdings ausschließlich auf das massive Einströmen von Frauen auf den Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Die Trickle-down-Wirtschaft hat auf ganzer Linie versagt und wird in der globalisierten Wirtschaft der Zukunft weiterhin versagen. Die Vergangenheit ist zugleich Zukunft: 1998 waren die reichsten ein Prozent der US-Bevölkerung im Besitz von 39 Prozent des verfügbaren Einkommens des Landes. Im Jahre 1983 lag dieser Wert bei 33,8 Prozent. Während der 90er Jahre erreichte das von den obersten 20 Prozent erwirtschaftete Gesamteinkommen den höchsten Stand seit 1947. In Europa ist der Reichtum nicht in dem Maße konzentriert wie in den USA. Es gibt jedoch keinerlei Grund anzunehmen, daß die Europäer in der Zukunft einem ähnlichen Schicksal entkommen werden.



Bruce Ackerman, geboren 1943, ist Sterling Professor of Law and Political Science an der Yale University, USA. U.a. 1981 Gavel-Auszeichnung für Social Justice in the Liberal State. 1982 Henderson-Preis als bestes Buch im Bereich »law and government published during the years 1972 through 1980«. Gast im Wissenschaftskolleg, Berlin 1991–92. Seminare und Gastprofessuren an diversen Universitäten der USA sowie in Wien, Rom und Kyoto.

Schwerpunkte: Politische Philosophie, Amerikanisches Verfassungsrecht, Vergleichende Rechts- und Politikwissenschaft, Steuern und Wohlfahrt, Umweltrecht, Recht und Wirtschaft, Eigentum.

Zahlreiche Publikationen, zuletzt u.a.: The Case Against Lameduck Impeachment 1999. The Stakeholder Society (mit Anne Alstott) 1999 (deutsch bei Campus, 2001). Deliberation Day (mit James Fishkin), 2002. Voting with Dollars (mit Ian Ayres), in Vorbereitung.

Eines steht fest: Unsere Politik trägt dieser Dreiklassenrealität nicht Rechnung. Am oberen Ende der sozialen Skala wird die symbolverwendende Klasse mit umfangreichen Subventionen überschüttet, so etwa durch die großzügige Subventionierung der Studenten. Am entgegengesetzten Ende erhalten die unterprivilegierten Klassen beträchtliche Hilfen. Es wird jedoch recht wenig für den breiten Mittelstand getan. Während die Reichen mit Steuervergünstigungen überhäuft werden, wird die Mittelschicht lediglich mit einer Reihe von symbolischen Gesten bedacht, welche von geringer oder keiner Bedeutung sind.

Es ist höchste Zeit, nach einer konstruktiven Antwort auf wirtschaftliche Ungleichheit zu suchen. Wie können wir die Vorzüge der Globalisierung nutzen, um jedem Bürger einen fairen Start ins Leben zu ermöglichen?

Dieser Frage sind Anne Alstott und ich in dem Buch *The Stakeholder Society* nachgegangen.<sup>1</sup> Unser allgemeiner Vorschlag scheint einfach, basiert aber auf einer sehr ausführlichen Analyse der US-Wirtschaftsdaten. Die von mir hier vorgebrachten Zahlen können im europäischen Kontext lediglich als Orientierungshilfe angesehen werden. Sie sollen jedoch eine Vorstellung der Größenordnung in diesem Zusammenhang vermitteln.

Im Rahmen seines Geburtsrechts als Bürger sollte jeder junge Amerikaner mit Erreichen des Erwachsenenalters Anrecht auf einen Anteil von 80.000 Dollar haben. Dieser Anteil könnte durch eine jährliche Vermögenssteuer finanziert werden, die zwei Prozent jedes individuellen Vermögens über 230.000 Dollar beträgt.<sup>2</sup> Diese Verbindung zwischen dem Besitz von Vermögen und Stakeholding

---

1 Yale University Press, 1999. Die hier angeführten Zahlen werden im Buch ausführlicher behandelt und belegt.

2 Mein Vorschlag sah zuerst einen Steuerfreibetrag von 80.000 Dollar vor, da meine Berechnungen auf den von der amerikanischen Zentralbank (Fed) vorgelegten Zahlen für das Jahr 1995 basierten und der Dow Jones Index zu dem Zeitpunkt 4500 Punkte betrug. Obwohl neuere Zahlen der Fed noch ausstehen, hat eine kürzlich von uns durchgeführte Analyse ergeben, daß ein höherer Freibetrag in Anbetracht der gegenwärtigen Hochkonjunktur durchaus mit unserem Vorschlag kompatibel ist.

spiegelt eine grundlegende soziale Verantwortung wider. Es ist die Verpflichtung jedes Amerikaners, einen Beitrag zu leisten, um allen einen gerechten Start ins Leben zu ermöglichen.

Es gibt viele Variationen zum Thema Stakeholding. Eine wurde von Tony Blair in den Mittelpunkt seines erfolgreichen Wahlkampfes um seine Wiederwahl gerückt. Blairs Vorschlag sieht vor, daß jedes in Großbritannien geborene Kind eine »Babylanleihe« in Höhe von bis zu 750 Dollar erhalten soll. Die Staatskasse würde zusätzliche Einzahlungen auf dieses Konto tätigen, wenn das Kind 5, 11 und 16 Jahre alt ist. Unter Einberechnung der Zinseszinsen würden junge Erwachsene 7.500 Dollar mit Vollendung des 18. Lebensjahres für ihren Start ins Leben erhalten. Nun sind 7.500 Dollar nicht ganz 80.000 Dollar, und auch die ersten 18 Jahre, die vergehen, bis das Kind seinen Anteil ausgezahlt bekommt, sind für meinen Geschmack zu lang.<sup>3</sup> Trotzdem wäre es für mein Projekt ein großer Schritt, sollte Blairs Vorschlag vom Parlament verabschiedet werden. Ist in Großbritannien erst ein Rahmen für ein Stakeholding-Projekt eingeführt, wird es bald laute Stimmen geben, die höhere Anteile und eine kürzere Übergangszeit fordern.

Lassen Sie uns einige Grundlagen betrachten, die zukünftige Anstrengungen beeinflussen sollten. Mein ehrgeizigeres Programm soll hier als Ausgangspunkt dienen.

Zuallererst sollten Stakeholder als freie Frauen und Männer behandelt werden. Sie sollten selbst entscheiden dürfen, wofür sie ihren Anteil ausgeben wollen – um in die Selbständigkeit zu gehen oder sich eine Universitätsausbildung zu ermöglichen, ein Haus zu kaufen, eine Familie zu gründen oder für die Zukunft zu sparen. Sie alleine tragen die Verantwortung für ihre Entscheidungen, egal ob diese zu Erfolg oder Mißerfolg führen.

---

3 Von David Nissan und Julian Le Grand stammt der am besten durchdachte Versuch, das Konzept des Stakeholdings an Großbritannien anzupassen: *A Capital Idea: Start-Up Grants for Young People* (Fabian Society Policy Report No. 49, Feb. 2000) ([www.fabian-society.org.uk](http://www.fabian-society.org.uk)).

Stakeholdern obliegt am Ende ihres Lebens eine besondere Verantwortung. Es ist nur gerecht zu verlangen, daß sie die für ihren Start ins Leben so wichtigen 80.000 Dollar bei ihrem Tod zurückzahlen, sofern dies finanziell möglich ist. Somit wird der Stakeholding-Fonds durch die laufenden Zahlungen der Vermögenden sowie durch die einmaligen Rückzahlungen im Todesfall finanziert.

Ich habe den Betrag von 80.000 Dollar gewählt, weil er den Kosten einer qualitativ hochwertigen, vierjährigen Universitätsausbildung in den USA entspricht. Wenn jeder junge Mensch über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügt, um seine eigene Ausbildung zu finanzieren, wird die Frage, ob ein Studium weiterhin subventioniert werden soll, allerdings zu einer politischen Schlüsselfrage. Ich möchte deutlich hervorheben: Selbst wenn man beschließen sollte, daß Universitätsstudenten einen Großteil bzw. ihren gesamten Anteil (stake) für die Studiengebühren verwenden sollten, wäre dies nur der Anfang der Debatte. Letztendlich bietet Stakeholding der Mehrheit, die nicht die Universität besucht, noch nie dagewesene Chancen. Der Besuch einer guten weiterführenden Schule, welcher das Geburtsrecht jedes Bürgers sein sollte, wird vielen von ihnen bislang verwehrt. Sie werden auf den Markt geworfen, während ihre nach oben mobilen Altersgenossen in den Genuß einer staatlich subventionierten Universitätsausbildung kommen. Das ist einfach ungerecht. Mitglieder der Mittelschicht sind genauso Bürger wie Mitglieder der symbolverwendenden Klasse. Zum ersten Mal wird ihre Forderung nach Gleichberechtigung aller Bürger wirklich respektiert. Zum ersten Mal werden sie sich dem Arbeitsmarkt mit einem gewissen Maß an Selbstsicherheit stellen können. Der Anteil wird ihnen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, wo sie wohnen, ob sie heiraten und welche Ausbildung sie zur Erlangung besserer Chancen wählen möchten. Einige werden scheitern. Es werden jedoch weitaus weniger als heute sein.

Das Programm muß natürlich so strukturiert sein, daß es möglichst große Erfolge erzielt. Zunächst einmal sollte kein Stakeholder ohne den Abschluß einer weiterführenden Schule und ohne Bestehen einer Eignungsprüfung auf einzelstaatlicher oder auf Bundes-

ebene frei über seine 80.000 Dollar verfügen können. Die Anteile der Schulabbrecher würden treuhänderisch verwaltet; sie könnten lediglich über die 4.000 oder 5.000 Dollar an jährlichen Zinsen verfügen. Diese eine Bedingung verhindert eine massive Vergeudung des wertvollen Kapitalfonds – ein »Verpulvern«, wenn man so will – durch jene, die am wenigsten in der Lage sind, ihrer Verantwortung als Erwachsener nachzukommen. Gleichzeitig ist sie ein Hoffungsstrahl für in ländlicher Armut oder in städtischen Ghettos gefangene Kinder: Beende die Schule und mache deinen Abschluß, und du wirst nicht benachteiligt werden; du wirst eine echte Chance bekommen, den Traum der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu verwirklichen.

Einige Mitglieder der unterprivilegierten Klassen haben mit Problemen zu kämpfen – unzureichende Schulbildung, Drogen- oder Alkoholmißbrauch, Gewalt –, Probleme, die es ihnen erschweren, die finanzielle Verantwortung für ihren Anteil zu übernehmen. Anders als die in den Medien vorherrschenden Bilder suggerieren, ist die sogenannte »Unterschicht« recht klein – so beträgt sie in den USA weniger als vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Abschluß der Oberschule als Bedingung würde der Mehrheit dieser Menschen den vollen Zugang zu ihrem Anteil versagen. Sie würden folglich nur über die jährlichen Zinszahlungen von 4.000 bis 5.000 Dollar verfügen können. Da das bei weitem nicht ausreicht, um ihre Probleme anzugehen, sollte ihnen besondere Hilfe zukommen.

Folgendes ist jedoch für unsere gegenwärtigen Ziele wichtig: Wir sollten nicht zulassen, daß die Probleme einer kleinen Minderheit unseren Blick von dem zentralen Problem der Dreiklassengesellschaft lenken. Denn es gibt viele Millionen normaler Menschen, die in der Lage sind, verantwortungsvolle Entscheidungen in einer Stakeholder-Gesellschaft zu treffen. Sie werden jedoch in unserer globalisierten Wirtschaft zunehmend zu vergessenen Bürgern. Dieses Problem sollte jetzt angegangen werden, bevor das Gefälle zwischen arm und reich noch größer wird.

Die richtige zeitliche Abstimmung wird beim Entwurf eines funktionierenden Programms unerlässlich sein. Im Gegensatz zu dem

Vorschlag von Tony Blair würde ich achtzehnjährigen Teenagern noch keinen großen Anteil auszahlen. Mit Ausnahme jener, die eine weiterführende Ausbildung wählen, schlage ich vor, damit zu warten, bis die Stakeholder Anfang Zwanzig sind. Die Auszahlung der 80.000 Dollar sollte zwischen dem 21. und 24. Lebensjahr in jährlichen Raten von 20.000 Dollar erfolgen. Nur dann können sie in einer reifen und verantwortungsvollen Art und Weise entscheiden, wie sie ihren Anteil am Gemeinwesen am besten nutzen.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen werden einige ihren Anteil unklug einsetzen und diesen Fehler später in ihrem Leben bereuen. Das vorherzusehende Scheitern einiger sollte jedoch nicht dazu führen, daß Millionen anderer ihrer fairen Chance, nach dem Glück zu streben, beraubt werden. Jeder einzelne Bürger hat Anspruch auf seinen Anteil am hinterlassenen Erbe vorheriger Generationen. Dieses Recht sollte nicht davon abhängen, wie andere ihren Anteil verwenden oder verschwenden.

Es gibt immer jemanden, der als Lösung dieses Problems den weisen Vorschlag macht, den Anteil an bestimmte Zwecke zu binden, d.h. amtliche Zustimmung einzuholen, bevor man die 80.000 Dollar ausgeben darf. Wäre es so nicht möglich, eine Umverteilung des Wohlstands zu erzielen und sicherzustellen, daß das Geld sinnvoll angelegt wird?

Diese Frage spiegelt genau jene bürokratische Denkweise wider, die in der Politik im 20. Jahrhundert teilweise herumspukte. Es ist gerade mein Ziel, über die Wohlfahrtsstaatmentalität hinauszugehen und Stakeholding nicht zu einer neuen Übung der bevormundenden, angewandten Sozialwissenschaften werden zu lassen. Beim Stakeholding geht es ja darum, jeden Bürger aus der Abhängigkeit zu befreien, und nicht darum, einen Vorwand für eine neue weitreichende Bürokratie, die sich in unseren Leben einmischt, zu schaffen. Der Baubranche, den Universitäten und den Maklerfirmen wäre es natürlich weitaus lieber, wenn die Stakeholder in ihren Entscheidungen auf den Kauf eines Eigenheims, auf Bildung oder Investitionen beschränkt wären. Wenn die Stakeholder jedoch Rat brauchen, können

sie ihn auf dem freien Markt kaufen. Wenn man Menschen zwischen zwanzig und dreißig immer noch nicht wie Erwachsene behandelt, wen dann?

Ich leugne nicht die Notwendigkeit eines »sozialen Sicherheitsnetzes« für jene Stakeholder, die besonders schlechte Entscheidungen getroffen haben. In meinem Buch erläutere ich, wie Stakeholding in ein umfassenderes Sozialleistungspaket eingebunden werden kann. Hier geht es jedoch um ein anderes, nicht minder wichtiges Thema: Wie man allen Bürgern – nicht nur jenen, die das Glück haben, Eltern aus der symbolverwendenden Klasse zu haben – einen gerechten ökonomischen Start ins Leben ermöglichen kann. Es ist eine Sache, sein Leben zu verpfuschen; niemals eine gerechte Chance gehabt zu haben ist jedoch etwas völlig anderes. Stakeholding garantiert jedem Bürger zumindest eine faire Chance, etwas aus seinem Leben zu machen. Und das ist nicht gerade wenig.

In der Tat besteht das eigentliche Problem des Stakeholdings darin, daß es nicht weit genug geht, um das Versprechen einer vollständig gleichberechtigten Gesellschaft zu erfüllen. Kommt die Zahlung der 80.000 Dollar für jene, die als Kinder benachteiligt wurden, nicht zu spät?

Kurz gesagt: ja. Ich möchte daher die Bedeutung einer von Anfang an qualitativ hochwertigen Schulbildung nicht herunterspielen. Ich stelle jedoch die weitverbreitete Ansicht in Frage, daß eine gute Schulbildung ausreichend sei, um der nächsten Generation Chancengleichheit zu garantieren. Im Gegenteil, eine ausschließlich auf Bildung abzielende Strategie vergrößert die Kluft zwischen der symbolverwendenden Klasse an der Spitze jeder westlichen Gesellschaft und dem breiten, zunehmend unzufriedenen Mittelstand nur noch mehr.

Mit anderen Worten: Die Progressiven müssen eine Antwort auf die nach dem Ende des Staatssozialismus' entstandene Frage finden. Trotz aller anderen Probleme ging die Verstaatlichung der Produktionsmittel das Thema »Gerechtigkeit zwischen den Generationen« immerhin an. Anstatt zu erlauben, daß reiche Eltern ihren Wohlstand

ungehindert an ihre Kinder weitergeben konnten, stellte eine Verstaatlichung sicher, daß alle Bürger von den gesamten Anstrengungen der vorherigen Generationen profitieren konnten.

Nicht, daß dieser einzige positive Punkt die vielen Nachteile des Staatssozialismus' wett gemacht hätte. Ich bin nie Marxist gewesen, sondern habe es mir zur Aufgabe gemacht, eine neue liberale Herangehensweise an die sozialen Probleme des modernen Lebens aufzuzeigen. Mein Neoliberalismus ist jedoch grundlegend anders als der die Schlagzeilen der Zeitungen dominierende »Neoliberalismus«. Anstatt eine Rückkehr zum Laissez-faire des 19. Jahrhunderts anzustreben, habe ich versucht, ein Konzept der sozialen Gerechtigkeit auszuarbeiten, welches als philosophische Grundlage der liberalen Forderung nach individueller Freiheit dienen kann.<sup>4</sup>

Von diesem Blickwinkel aus betrachtet birgt die Institution des Privaterbes im Hinblick auf die liberale Theorie der sozialen Gerechtigkeit augenfällige Probleme. Die Verherrlichung der Freiheit des Einzelnen und des freien Marktes durch die Liberalen berücksichtigt nicht die Probleme, die mit der Weitergabe des Wohlstands von Generation zu Generation entstehen. Schließlich kann sich niemand seine Eltern aussuchen. Und auch wenn reiche Eltern einen begründeten Anspruch auf ihren auf dem Markt erarbeiteten Reichtum geltend machen können, so haben ihre Kinder nichts Vergleichbares geleistet, um eine große Erbschaft zu rechtfertigen. Eine grundsätzliche Herangehensweise, um das Engagement der Liberalen für Freiheit mit dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit zu verbinden, besteht in einem entschiedenen Eingreifen mit dem Ziel, wirtschaftliche Chancengleichheit für die nächste, ins Erwachsenenleben eintretende Generation zu schaffen.

Dies ist die philosophische Grundidee des Stakeholdings. Eine Art »Bürgererbe« soll mit dem bestehenden System des Privaterbes harmonieren. Das Bestreben des Stakeholdings ist es nicht, die Legitimität des Privatbesitzes in Frage zu stellen, sondern dieses Besitz-

system mit den grundlegenden Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit in Einklang zu bringen.

Denn schließlich haben sich die Liberalen immer dafür ausgesprochen, Privatbesitz zur unerläßlichen Grundlage individueller Freiheit zu machen. Aber wenn das so ist, dann sollte jeder am Anfang seines Projektes der eigenen Definition als Erwachsener Anspruch auf Besitz haben. Es gibt, kurz gesagt, eine bessere Lösung des Problems der Gerechtigkeit zwischen den Generationen als die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Anstatt den Privatbesitz abzuschaffen, sieht der liberale Lösungsansatz eine Universalisierung des Besitzes vor – und zwar durch den Anspruch jedes Bürgers auf einen Anteil am Vermögen des Gemeinwesens, das durch die Anstrengungen der früheren Generationen erarbeitet wurde.

Doch wenden wir uns jetzt einmal einem Gedanken zu, der in letzter Zeit viel Aufmerksamkeit erregt hat. Philippe van Parijs, Claus Offe und andere haben sich bemüht, progressiven Kräften den Vorschlag des »Basiseinkommens« zur Diskussion zu stellen.<sup>5</sup> Dieser Plan sieht vor, daß jeder Bürger, unabhängig davon, wieviel Geld er auf dem Markt verdient, vom Staat ein monatliches Stipendium erhält. Zwar ähnelt dieser Vorschlag dem Stakeholding, es besteht jedoch ein entscheidender Unterschied: Die Verfechter des Basiseinkommens würden nicht gestatten, daß die Empfänger zur Bank in ihrer Nachbarschaft gehen und den lebenslangen Fluß monatlicher Zahlungen in eine einmalige, große Zahlung umfinanzieren. Beispielsweise, daß ein Versicherungsunternehmen einem jungen Stakeholder 80.000 Dollar zahlt für seinen lebenslangen Anspruch auf monatlich 400 Dollar. Die Befürworter des Basiseinkommens weigern sich, den Empfängern ein solches Geschäft zu erlauben – sie sind auf monatliche Zahlungen von 400 Dollar festgelegt. Demgegenüber bevormundet das Stakeholding den Empfänger weniger und gestattet ihm beispielsweise, seinen Anteil in ein monatliches Einkommen von

---

4 Vergleiche Bruce Ackerman: Social Justice in the Liberal State (Yale 1980)

---

5 Vgl. Philippe Van Parijs: Real Freedom for All (Oxford 1995)

400 Dollar umzufinanzieren – aber nur wenn er will! Die Frage ist also, inwieweit der Verfechter des Basiseinkommens diese Extradosis an Bevormundung rechtfertigen kann.

Stellen Sie sich einmal einen 21jährigen vor, der ein hervorragender Automechaniker werden möchte. Zur Erlernung dieses in zunehmendem Maße von der Technik beherrschten Berufes benötigt er 20.000 Dollar. Wenn er ein Basiseinkommen erhält, so braucht er vier bis fünf Jahre, um diese Geldsumme zusammenzusparen. Warum sollte man von ihm verlangen, daß er so lange wartet?

Oder stellen Sie sich Jungvermählte vor, die Kinder bekommen und gemeinsam den elterlichen Pflichten nachgehen möchten. Um diesen Entschluß in die Tat umzusetzen, würden sie einen Großteil ihres gemeinsamen Anteils von 160.000 Dollar in ein kleines Haus investieren und mit dem verbleibenden Geld die finanziellen Nachteile abfedern, die entstehen, wenn sie weniger außer Haus arbeiten und sich gemeinsam der Aufgabe widmen, die Kinder großzuziehen. Wenn ihnen dies mit Hilfe des monatlichen Basiseinkommens nicht möglich ist, warum sollte man sie trotzdem von ihrem Plan abhalten?

Um es allgemeiner zu formulieren: Das Basiseinkommen animiert zu einer kurzfristigen, konsumorientierten Sichtweise, das Stakeholding hingegen trägt dazu bei, daß junge Erwachsene weitsichtig denken. Die meisten Menschen zwischen zwanzig und dreißig Jahren leiden unter der großen Kluft zwischen ihrer Verantwortung als Erwachsene und ihren geringen finanziellen Möglichkeiten. Obwohl ihre Zukunft noch vor ihnen liegt, führen sie ein Leben in stiller Verzweiflung – sie versuchen, von Monat zu Monat über die Runden zu kommen. 400 Dollar monatlich mögen ihnen zwar helfen, ihre kurzfristigen finanziellen Probleme zu überwinden, sie reichen jedoch nicht aus, um ihnen die wahrhafte Freiheit zu geben, Jahrzehnte vorzuschauen und zu erkennen, wie wesentlich die Entscheidungen, die sie oft aus einer Notlage heraus fällen, für ihr Leben sind. Das Stakeholding hingegen animiert sie, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wenn junge Erwachsene 80.000 Dollar auf dem Konto haben, so können sie innehalten und sich überlegen, wie ihre Ziele

und Fähigkeiten sich vermutlich im Laufe der Zeit entwickeln werden und ob eine kurzfristige Sichtweise sie zu Entscheidungen verleitet, die sie später sehr bedauern würden.

Das Basiseinkommen wird sich auch als bürokratischer Alptraum erweisen. Nehmen wir an, Manfred Mustermann ist fest entschlossen, Automechaniker zu werden. Da ihm gesetzmäßige Banken seine monatlichen Zahlungen nicht in 20.000 Dollar umfinanzieren, geht er zu einem freundlichen Mitglied der Mafia in seiner Nachbarschaft und leiht sich das Geld, wobei er zur Deckung die 4.800 Dollar verspricht, die er jährlich erhält. Da es sich hierbei um ein illegales Geschäft handelt, ist der Mafioso nicht in der Lage, die Zahlungen gerichtlich durchzusetzen, und heuert statt dessen auf eigene Kosten Gangster an, wenn Manfred Mustermann den Forderungen nicht rechtzeitig nachkommt. All diese Kosten und Unsicherheiten erhöhen beträchtlich die Zinsen, die der Mafioso von seinem Kunden fordert. Aber Manfred ist bereit, diesen Preis zu zahlen, um mit der Umsetzung seines Lebensplanes anzufangen.

Wie reagieren die Verfechter des Basiseinkommens auf diese Entwicklung? Wollen wir Manfred wirklich zum Gesetzesbrecher machen, nur weil er in seine Zukunft investieren möchte?

Das Schwarzmarkt-Szenario versetzt nicht nur den Mafioso in die Lage, sich den Löwenanteil an Manfreds wirtschaftlichem Geburtsrecht anzueignen, sondern wird auch Manfreds Einstellung gegenüber dem gesamten Programm verändern. Das Stakeholding hingegen würde es Manfred ermöglichen, stolz vorzutreten und als freier Bürger seinen Anteil zu fordern; momentan aber wird er durch die Bemühungen des Staates, seine Freiheit einzuschränken, zu einem zwielichtigen Dieb. Wenn Manfred schließlich doch ein guter Mechaniker wird, so wird er – in obigem Szenario – nicht voller Stolz auf seine Erfahrungen mit dem Stakeholding zurückblicken und sich bemühen, eine Gegenleistung zu erbringen, indem er als loyaler Bürger handelt. Er wird vielmehr darüber nachdenken, wie er betrogen und betrogen wurde, als er sein Basiseinkommen in eine einmalige Zahlung umfinanzierte.



Die hieraus resultierende Demoralisierung ist von größter Bedeutung. Ich habe nur eine Seite der Argumente für das Stakeholding vorgestellt, wobei ich seine Funktion als Mittel zur Ausübung wirklicher Freiheit betont habe. Die Initiative erfüllt jedoch noch eine weitere wichtige Funktion. Sie wird als institutioneller Schwerpunkt einer dynamischen Bürgerkultur dienen. Kinder werden von Anfang an lernen, daß das Stakeholding Teil ihres Geburtsrechts als Bürger ist: »Wenn du groß bist, wirst du nicht gelegentlich der Gnade des Marktes oder der Willkür wohlhabender Freunde und Bekannter ausgeliefert sein (sofern du überhaupt welche hast). Du wirst dich deiner Zukunft unter wirtschaftlichen Bedingungen stellen, die eines Bürgers in einer freien Gesellschaft würdig sind.« Eltern und Schulen werden ihre Kinder fortwährend drängen, ihre Freiheit verantwortungsbewußt zu nutzen, und wenn die Zeit des Stakeholdings näherrückt, werden alle Männer und Frauen in eine langfristige und vielschichtige Diskussion über ihre Anteile eingebunden.

Das Stakeholding wird zu Millionen solcher Diskussionen und Gespräche führen, aus denen dann ein kultureller Zusammenhalt entsteht, der die gemeinsame Bürgerschaft der Stakeholder zu einer zentralen Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens werden läßt. Wenn die Bürger älter werden, werden sie immer wieder in ihre Jugendzeit zurückkehren und sich über ihre Entscheidungen und über das, was aus ihnen geworden ist, Gedanken machen.

Das Basiseinkommen würde eine andere Dynamik entwickeln. Selbst wenn die Zahlungen am sehnsüchtig erwarteten 21. Geburtstag einsetzen, wird der Strom kleinerer Schecks nicht zu einer stolzen Kultur des freien Bürgertums führen. Das Stakeholding hingegen verleiht dem 21. Geburtstag für junge Bürger und ihre Eltern besonderes Gewicht, da es die Bedeutung der Volljährigkeit noch verstärkt. Das Basiseinkommen hat eine allmähliche und sich steigernde Wirkung, indem es dem jährlichen Budget ein paar tausend Dollar hinzufügt. Diese Summen könnten im täglichen Leben einiges bewirken, insbesondere bei den Einkommensschwächsten. Es ließe sich viel Positives darüber sagen, wenn widerwillig aus-

geteilte Gaben durch ein würdevolles Recht auf Einkommen ersetzt würden. Der Effekt des Stakeholdings betrifft jedoch alle Einkommensschichten und gibt allen die Möglichkeit, ihre lebensbestimmenden Entscheidungen ernst zu nehmen. Selbstverständlich wird diese neue Form des Bürgererbes ihren Preis haben. Schätzungen zufolge betragen die jährlichen Kosten des Stakeholdings in den USA ungefähr 225 Milliarden Dollar – etwas weniger als das Land in seine Verteidigung investiert. Aber das Streben nach Chancengleichheit ist nicht weniger grundlegend als das Bemühen um nationale Verteidigung. Beides ist vielmehr miteinander verbunden: Wenn wir der jungen Generation einen fairen Start verweigern, wie können wir von ihr dann zu gegebener Zeit Gegenleistungen erwarten?

Ich habe hier ein rosiges Bild gezeichnet. Ist Stakeholding aber politisch gesehen nicht ein Luftschloß? Sind Progressive in diesem Zeitalter der Globalisierung nicht dazu verurteilt, ein Rückzugsgefecht im Namen des aus dem zwanzigsten Jahrhundert geerbten Sozialstaates zu führen? Wie kann man bloß politische Unterstützung für ein Programm erhalten, das so ein enormes Preisschild trägt?

Stakeholding zielt direkt auf den Kern des Problems ab, das die Progressiven an den Rand der Politik drängt. Wir haben es ganz einfach den Konservativen ermöglicht, die Progressiven so darzustellen, als seien sie hauptsächlich mit dem Schicksal der unteren zwanzig Prozent und nicht mit der breiten Mittelschicht beschäftigt, welche zwar die Sekundarstufe abgeschlossen, jedoch keinen Universitätsabschluß und es somit nicht geschafft hat, am wunderbaren Wohlstand der symbolverwendenden Klasse teilzuhaben. Solange wir keine große politische Initiative hervorbringen, die die Sorgen der Mittelschicht berücksichtigt, wird diese weiterhin skeptisch auf progressive Ideen reagieren – und das mit gutem Recht. Da sie ja wirtschaftlich unter Druck stehen, ist nicht ersichtlich, weshalb die Menschen ihr schwer verdientes Geld dazu hergeben sollten, denjenigen zu helfen, die unter ihnen stehen.

Stakeholding ändert diese politische Gleichung aber entscheidend – und zwar in einer Weise, die den Durchschnittswählern verständlich ist. Die meisten unter ihnen schalten sofort den Fernseher aus, wenn irgendein aufrichtiger progressiver Politiker anfängt, Lobgesänge über irgendeinen geheimnisvollen Wandel in der Gesetzgebung zur Sozialversicherung oder zum Kindergeld vorzutragen. Ganz egal wie wohlgemeint dies erscheinen mag, legen derart technische Überlegungen dem Durchschnittswähler nahe, er oder sie sei wieder einmal gefragt, die Unterschicht zu subventionieren. Aber 80.000 Dollar für jedes Kind? Das ist doch etwas, worüber zu sprechen sich lohnt!

Nehmen wir einmal ein durchschnittliches amerikanisches Paar, beide vierzig Jahre alt, mit zwei Kindern von zehn und zwölf gesegnet. Sie sind sich vollends darüber im klaren, daß sie nicht in der Lage sind, ihren Kindern jeweils einen Anteil von 80.000 Dollar etwa innerhalb eines Jahrzehnts zu zahlen. Um sicherzugehen, mögen sie davon träumen, eines Tages mit 470.000 Dollar in Rente zu gehen und eine geringe Vermögenssteuer zu zahlen. Sollte man diese zukünftige Steuer aber nicht aufbringen, wenn man damit den eigenen Kindern einen soliden Start ins Leben ermöglichen kann?

Die gleiche Frage ist für die überwiegende Mehrheit der Zwanzig- bis Dreißigjährigen, die entweder noch sehr kleine Kinder haben oder über das Kinderkriegen nachdenken, sogar noch einfacher zu beantworten. Sie mögen zwar bedauern, daß das Stakeholding für sie zu spät gekommen ist, haben aber größtes Interesse daran, daß ihre Kinder diesen wertvollen Vorteil erlangen können, wenn der Zeitpunkt dafür naht.

Es liegt auf der Hand, daß die politische Rechnung für ältere Wähler etwas anders aussieht. Bei unseren Steuerberechnungen haben Anne Alstott und ich alle durch die amerikanische Regierung gezahlten Altersruhegelder von der Vermögenssteuer befreit. Der größte Anteil des Vermögens in Amerika ist jedoch im Besitz von Menschen ab 55 Jahren, und genau diese Menschen, also die oberen zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, sähen sich mit einem gewal-

tigen Steueranstieg konfrontiert. Man kann hier von deren Widerstand gegenüber dem Programm ausgehen.

Ich habe jedoch weder behauptet, Stakeholding sei für alle ein Vorteil, noch nehme ich an, daß die Lage eines jeden durch eine knappe wirtschaftliche Kalkulation bestimmt ist. Wie bei allen politischen Übungen wird jeder Wähler zu einem Urteil gelangen, nachdem er Eigeninteresse mit einem gewissen Maß an bürgerlicher Verpflichtung und reellem Verdienst abgewogen hat. Manche werden sich gegen das Stakeholding aussprechen, selbst wenn deren Kinder kräftig davon profitieren würden, weil sie es einfach für eine schreckliche Idee halten.

Nichtsdestotrotz habe ich genug Punkte genannt, die darauf schließen lassen, daß das politische Potential des Stakeholdings beträchtlich ist. Diese Schlußfolgerung wird auch durch einige führende Politiker unserer Zeit nahegelegt, die durch Initiativen, welche Ähnlichkeiten mit unseren Vorschlägen aufweisen, ein großes Gefolge erlangt haben. Ich habe schon Tony Blairs kürzlich gemachte Vorschläge erwähnt, aber sogar Margaret Thatcher unternahm erste Schritte in diese Richtung.

Als sie Premierministerin wurde, waren 32 Prozent aller Wohnungen im öffentlichen Besitz. Obwohl Thatcher zu weitreichender Privatisierung entschlossen war, weigerte sie sich, diesen riesigen Besitz an große Unternehmen zu verkaufen. Sie ermutigte die Bewohner dazu, ihre eigenen Wohnungen zu günstigen Preisen zu kaufen. Mit einem einzigen Schlag schaffte sie ein Eigentumsbürgertum und gewann dabei sehr große Popularität.

In der Tschechischen Republik gab es nach 1989 eine noch bahnbrechendere Initiative. Der Ministerpräsident Vaclav Klaus stand vor einer sehr viel größeren Aufgabe: Der staatliche Bereich umfaßte 7.000 mittlere und große Unternehmen und 25–30.000 kleinere. Wie sollte man dieses Erbe des Kommunismus' umverteilen? Klaus sah sein Problem als eine Gelegenheit an, eine riesige Eigentums-schicht tschechischer Bürger zu schaffen – und zwar durch eine »Gutschriftprivatisierung«. Jeder tschechische Bürger wurde dazu

ermutigt, ein Gutscheineheft zu bestellen, mit Hilfe dessen er dann bei Versteigerungen von Anteilen staatlicher Betriebe mitbieten konnte. Eine überwältigende Mehrheit – 8,5 von 10,5 Millionen Einwohnern – nahm Klaus' Angebot wahr und beanspruchte ihren gerechten Anteil am Besitz des Landes auf dem Weg in das neue System des freien Marktes. Klaus' kreatives Programm war eine Hilfestellung für die Festigung seiner Position als führender Politiker der Republik. Entscheidend war aber, daß die breite Teilnahme von bürgerlichen Stakeholdern eine zentrale Rolle bei der Legitimierung des Überganges des Landes in die liberale Demokratie gespielt hat.

Thatcher und Klaus konzipierten ihre Initiativen als einmalige Aktionen. Die Bürger Alaskas jedoch haben das Stakeholding zu einem regulären Teil ihrer Wirtschaftspolitik gemacht: Wieder einmal bestand die Gelegenheit in der Verteilung größerer, öffentlicher Mittel – in diesem Fall die der Einnahmen aus der North Slope Oil. Anstatt sie vollends für öffentliche Ausgaben zu verwenden, erstellte die republikanische Führung einen Stakeholding-Plan, der heute jedem Bürger Alaskas 1.000 Dollar pro Jahr zuspricht. Wie in den anderen Fällen ist auch dieses System sehr populär geworden, und Politiker der Demokraten wie der Republikaner versprechen regelmäßig, den symbolischen Permanent-Fonds nicht zu plündern.

Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, das Stakeholding auf Fälle mit physischem Vermögen wie Wohnraum oder Fabriken oder Öl zu begrenzen. Die Bürger haben andere Vermögen geschaffen, die weniger materieller Art, jedoch viel wertvoller sind. Es ist höchst bemerkenswert, daß das System freien Unternehmertums nicht vom Himmel gefallen ist. Es ist aus einem komplexen und fortwährenden System gesellschaftlicher Zusammenarbeit entstanden. Der »freie Markt« erfordert enorme öffentliche Ausgaben im Bereich der Polizei, der Gerichte und in vielen anderen Bereichen. Ohne die Milliarden freiwillig getroffener Entscheidungen, das Eigentumsrecht im Alltag zu respektieren, würde das System über Nacht zusammenbrechen.

Alle Bürger ziehen einen Nutzen aus diesem kooperativen Handeln, einige jedoch viel mehr als andere. Diejenigen, die am meisten

davon profitieren, haben die Pflicht, einen Teil ihres Vermögens mit den Mitbürgern zu teilen, deren Zusammenarbeit sie zur Stützung des Marktsystems in Anspruch nehmen. Diese Verpflichtung ist umso dringender, wenn der Einfluß des Weltmarktes droht, das Land noch strikter in Besitzende und Nicht-Besitzende zu teilen.

Diese moralische Bewertung verleiht meinem Vorschlag eine ideologische Dynamik, die sich von der durch Margaret Thatcher und Vaclav Klaus vertretenen unterscheidet. Nichtsdestoweniger ist der Weg, wie ihn Tony Blairs bahnbrechende Initiative nahelegt, für progressivere Politiker frei, an genau diese konkreten Interessen einer übergroßen Mehrheit ihrer Mitbürger zu appellieren. Das Schicksal der Initiative wird natürlich nicht nur von der Vision des Politikers abhängen, der die Gunst der Stunde nutzt.

Letztlich wird es davon abhängen, wie gewöhnliche Männer und Frauen einige grundlegende Fragen beantworten: Ist unsere Nation mehr als ein libertärer Marktplatz? Können wir diesen zu einem Ort machen, an dem alle Bürger eine faire Chance zum Streben nach Glück erhalten?

Bruce Ackerman: Argumente für das Stakeholding

Nummer 1 der Reihe *Texte zur Einmischung*, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Februar 2002

© Heinrich-Böll-Stiftung und Autor

Alle Rechte vorbehalten

Übersetzung: Kerstin Krolak

Gestaltung: push, Berlin

Druck: Keule-Druck, Berlin

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Straße 40/41,  
10178 Berlin, Fon 030-285340, Fax 030-28534109, E-mail [info@boell.de](mailto:info@boell.de), [www.boell.de](http://www.boell.de)

